


Wolfgang Schäuble:

Bildung und Erziehung als Grundlage humaner Zukunfts- gestaltung

 Rede des Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, auf dem Bildungspolitischen Zukunftsforum der CDU am 22. Januar in Frankfurt am Main

Der Arbeitsmarkt, die Arbeitswelt von morgen wird drastischen Veränderungen unterworfen sein. Deswegen werden neue Arbeitsstrukturen, neue Formen von freier Mitarbeit, von Selbständigkeit das Arbeitsleben der Zukunft viel stärker prägen als in der Vergangenheit, was nicht nur mehr Freiheit, sondern auch mehr Risiko und mehr Mobilität bedeutet. Und darauf muß die Ausbildung in der Schule, in der Lehre, in der Hochschule vorbereiten.

Wer zum Abschluß eines bildungspolitischen Kongresses mit vielen klugen Beiträgen wichtiger Vertreter aus Wissenschaft und Praxis eine Grundsatzrede zu Bildung und Erziehung hält, der provoziert den bekannten Satz, wonach schon alles gesagt ist, aber leider noch nicht von allen.

Aber vielleicht ist es doch wichtig, die eine oder andere grundsätzliche Bemerkung zu machen: Dem Thema Bildungspolitik und der Bedeutung von Bildungspolitik kann man sich auf noch so vielen Wegen nähern, man kommt immer relativ schnell zu dem Ergebnis, daß es mit das wichtigste Thema ist, das spannendste Thema, mit dem wir uns überhaupt beschäftigen können.

Drei Stichworte dazu: Viele beschäftigen sich in vielen Ländern, fast überall in den westlichen Demokratien mit der Frage, was hält eigentlich die freiheitliche Gesellschaft zusammen, insbesondere nach dem Ende der Ost-West-Teilung. Denn manche haben die Erfahrung gemacht, daß mit dem Fall der Mauer der Zusammenhalt freiheitlicher Gesellschaften ohne eine als aktuell empfundene Bedrohung schwieriger wird. Was hält die freiheitliche Gesellschaft zusammen, das ist eine Frage, die nicht nur in den Feuilletons diskutiert wird.

Begibt man sich auf die Suche nach Antworten, kommt man jedenfalls als christlicher Demokrat ziemlich schnell darauf, daß ein gemeinsames Fundament von Werten ganz unverzichtbar ist, wenn Gesellschaften in unserer modernen Welt freiheitlich in Toleranz zusammengehalten werden sollen.

Wenn man ein gemeinsames Wertefundament braucht, kommt man zu der nächsten Frage: Wie wird es vermittelt? Dazu braucht man Institutionen, Traditionen, Stärkung der Familie, aber natürlich vor allem Bildung und Erziehung. Insofern ist Bildungspolitik für die Zukunftsfähigkeit unserer freiheitlichen Gesellschaft von einer kaum zu überschätzenden Bedeutung.

Wenn man danach fragt, was ist eigentlich der wichtigste Rohstoff der modernen Zeit – früher hat man die Stärke von Nationen an der Stahlproduktion gemessen und an ähnlichem mehr –, braucht man nicht lange nachzudenken: Heute ist Wissen der wichtigste Rohstoff. Deswegen reden wir auch von Wissensgesellschaft.

Wir erleben heute einen tiefgreifenden Strukturwandel unserer Lebens-, Arbeits- und Berufswelt. Die Stichworte sind bekannt: Internationalisierung, Globalisierung, Technisierung, Digitalisierung. Die Menschen erleben diesen nicht zuletzt durch neue Formen von Information und Kommunikation ausgelösten Wandel als einen radikalen Schnitt, der in seiner Bedeutung dem

Wechsel von den vorindustriellen Manufakturen zur Industrieproduktion des 19. Jahrhunderts oder der Einführung der Dampfmaschine in nichts nachsteht. Seit etwa Mitte der 80er Jahre entwickeln wir uns mit zunehmender Geschwindigkeit zu einer Informations- und Dienstleistungsgesellschaft. Diese Dienstleistungen umfassen z.B. Softwareherstellung, Forschung und Entwicklung, Konstruktion, Design, technische Planung, Beratung, Marktforschung, Wartung, Reparatur und nicht zuletzt die Entsorgung.

Was bedeuten diese Veränderungen speziell für die Bildung? Ich will auf einige wenige Punkte hinweisen:

1. Wir erleben eine wachsende Globalisierung der Märkte und eine ebenso wachsende Internationalisierung in Wirtschaft, Technik, Kultur und Politik - nicht zu vergessen die rasch fortschreitende Internationalisierung einer all-orten spürbaren Arbeitsteilung. Die Schule muß daher verstärkt Einsichten in die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenhänge dieser Welt vermitteln: das geschieht in den Naturwissenschaften, in den Fremdsprachen, in der Wirtschaftsgeographie, übrigens auch in der Begegnung mit der Geschichte. Das heißt für mich aber auch, daß der Schüler ausreichend gerüstet sein muß, als Bürger Europas und als Bürger dieser Welt Urteilsfähigkeit zu gewinnen und Verantwortung zu übernehmen.

2. Wir denken, arbeiten und planen „vernetzt“. Unsere Arbeitswelt ist durch weltweite Kooperation und Konzentration von Unternehmen bestimmt. Das führt zu der Frage: Wo lernt der Schüler, kooperativ im Team zu arbeiten?

3. Unser technologieorientierter Fortschritt beschleunigt sich. Wer mithalten will, muß flexibel sein, unkonventionell, teamorientiert, muß „schnell schalten“ - mit einem steigenden Forschungsaufwand bei der Entwicklung neuer, innovativer Produkte, neuer Arbeitsstoffe und Techniken, beim Einsatz neuer technischer Systeme. Wie steht es mit dem praktischen Technikwissen unserer Schüler an allgemeinbildenden Schulen? Muß dem nicht in den Lehrplänen ein prominenterer Stellenwert beigemessen werden?

4. Rasantes Tempo technischer Entwicklungen bedeutet eine rasant anwachsende Informationsflut. Wer diese Informationsvielfalt bewältigen will, braucht die neuen Informations- und Kommunikationstechniken. Die Schulpädagogik muß diese Entwicklung mitvollziehen: vom Informationswissen zum Orientierungswissen. Statt eine Fülle von Fakten zu wissen, muß der Schüler befähigt werden, sich den Zugang zu der Fülle von Fakten rationell zu erschließen.

5. „Lean Management“ ist ein Schlagwort unserer Tage. Es steht für schlankere Organisationsstrukturen. Das heißt aber auch: Wenige müssen mehr können und mehr bewältigen. Und im Vorgriff auf die für eine humane Zukunftsgestaltung erforderliche Bildung heißt das: wir brauchen neben den Spezialisten dringend die „Allround-Köner“.

Man könnte die Aufzählung fortsetzen. Am Befund würde das nichts ändern: Alles das dokumentiert die zentrale Bedeutung von Bildung und Ausbildung ebenso wie die einer weitsichtigen und zukunftsffenen Bildungspolitik.

Zum selben Ergebnis gelangt man, wenn man sich mit der Frage beschäftigt, was ist in der modernen Wirklichkeit, die durch Globalisierung geprägt wird, die eigentliche soziale Frage, wie ist soziale Gerechtigkeit in einer Welt der Globalisierung zu verwirklichen? Was muß der Sozialstaat heute leisten? Mit noch mehr Steuern, Abgaben, Bürokratie kann er die Probleme offenbar nicht lösen, kann er nicht mehr soziale Gerechtigkeit herbeiführen. Das ist der Irrtum der Sozialisten seit jeher gewesen. Aber natürlich bleibt, und das ist das Problem aller demokratischen Kräfte, auch der Christlich-Demokratischen Union, die Frage: Wie kann es sein, daß wir bei steigendem Wohlstand, bei steigenden sozialen Leistungen trotzdem wachsende soziale Probleme registrieren müssen, deren Ursachen aber ganz offensichtlich nicht durch einen Mangel an Geld zu erklären sind.

Wir verzeichnen anhaltende Probleme am Arbeitsmarkt, die auch die Regierung Schröder so leicht nicht lösen wird. Dabei sind über ein Drittel unserer Arbeitslosen Langzeitarbeitslose, über ein Jahr ohne Beschäftigung, Tendenz steigend. Mehr als die Hälfte der Langzeitarbeitslosen verfügt über keine qualifizierte Berufsausbildung. Zwischen 10 und 15 % jedes Schuljahrgangs erfüllen nicht die Voraussetzungen, um in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis übernommen zu werden. So werden Sozialamtskarrieren vorprogrammiert. Also zählen Bildungs- und Ausbildungsdefizite, und nicht mangelnde Sozialleistungen, zu den entscheidenden Ursachen unserer sozialen Probleme und Folgeprobleme.

Von welcher Seite auch immer man die Sache beleuchtet, Bildungspolitik hat eine zentrale, eine Schlüsselbedeutung für die politische, für die gesellschaftliche, für die soziale, auch für die ökonomische Entwicklung in unserem Land, die fast in umgekehrtem Verhältnis zu den Problemen steht, die wir in der Bildungspolitik haben und zu den Mängeln, die allseits in der Bildungslandschaft diagnostiziert werden. Auch dazu will ich einige Bemerkungen machen.

Die bildungspolitischen Ergebnisse in Deutschland sind nicht zufriedenstellend, das ist unstrittig und das Mindeste, was man sagen muß. Wir haben im internationalen Vergleich gravierende Schwachstellen, niemand wird sagen können, wir würden in allen Bereichen dem gerecht, was einmal das Land der Dichter und Denker ausgemacht hat. Wir sind in internationalen Rankings von den Spitzenpositionen zum Teil weit entfernt. Wenn man darüber nachdenkt, was sind denn die Probleme, dann kommt man auf eine Reihe von Punkten, die so offensichtlich sind, daß sie ernstlich niemand bezweifeln wird.

Das eine Problem, mit dem Bildungspolitik konfrontiert ist, ist das quantitative Problem, die wachsende Nachfrage nach Bildungsleistungen. Wenn man sich die Explosion, die reine Zahlenexplosion einmal anschaut, so ist das schon eindrucksvoll. Wenn man den Vergleich nimmt: Vor 100 Jahren hat es in Deutschland 30 Hochschulen gegeben und knapp 30.000 Studenten. Anfang der 70er Jahre gab es allein in Westdeutschland 132 Hochschulen, und heute, 27 Jahre später, haben wir in Deutschland insgesamt 337 Hochschulen, davon 268, also ungefähr doppelt so viel wie vor 27 Jahren, in den alten Ländern, in Westdeutschland. 1970 hatten wir in Westdeutschland eine halbe Million Studenten, und heute haben wir 1,8 Millionen, davon 1,5 Millionen in den alten Bundesländern, also die Verdreifachung der Studentenzahlen innerhalb von 27 Jahren. 1970 kamen auf 10.000 Einwohner 84 Studenten, heute sind es 225 Studenten auf 10.000 Einwohner in der Bundesrepublik, und alles spricht dafür, daß die Entwicklung in den kommenden Jahren noch weiter ansteigt. Nehmen wir dazu, daß wir entsprechende Entwicklungen auch bei den Schulen haben, und daß wir übrigens auch bei den Ausbildungsplätzen eine deutliche Zunahme haben, dann sehen Sie eines der zentralen Probleme, vor dem die Bildungspolitik steht und das die Ursache für viele Folgeprobleme ist.

Gleichzeitig haben wir in Deutschland das Problem wachsender Mängel im Bildungssystem. Es bleiben, man mag es gar nicht glauben, 100.000 junge Menschen Jahr für Jahr in Deutschland ohne jeden Bildungsabschluß. Mindestens 30.000 verlassen die Schule, ohne daß sie auch nur ausreichende Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen hätten. Der frühere Bildungsminister Jürgen Rüttgers hat des öfteren gesagt, man kann nicht mehr sicher sein, daß der Absolvent einer deutschen Schule in jedem Fall einigermaßen des Lesens, Schreibens und Rechnens kundig ist. Wir haben uns angewöhnt, das Problem des Analphabetismus ausschließlich auf Entwicklungsländer zu beziehen. Wir sollten nicht übersehen, daß wer des Lesens,

Schreibens und Rechnens nicht kundig ist, von dem Zustand des Analphabetentums nicht allzu weit entfernt ist.

Eine andere Zahl: Die Eltern in Deutschland geben Woche für Woche, obwohl wir ein staatliches Schulwesen haben, nicht weniger als 30 Millionen DM für Nachhilfestunden aus. Die Bundesanstalt für Arbeit hat eigentlich damit nichts zu tun, denn Bildungspolitik ist Sache der Länder. Aber die Bundesanstalt für Arbeit gibt jährlich eine halbe Milliarde Mark aus, um junge Menschen, die aus der Schule kommen und nicht ausbildungsreif sind, überhaupt ausbildungsreif zu machen, wobei ich dahingestellt sein lasse, in welchem Maße es gelingt.

Zu den Mängeln in unserem Bildungssystem zählen aber etwa auch die überlangen Studienzeiten. Sieben Jahre beträgt die durchschnittliche Studienzeit an Universitäten, vier Jahre an Fachhochschulen. Die Hochschulabsolventen sind zu alt, das weiß man. Absolventen französischer, britischer oder anderer Hochschulen in Europa kommen drei Jahre früher genauso gut ausgebildet auf den Arbeitsmarkt. Das ist ein Wettbewerbsvorteil, den man nicht unterschätzen sollte. Wer mit Mitte Zwanzig ins Berufsleben eintritt, hat demjenigen, der das erst mit Anfang Dreißig schafft, entscheidende kreative und innovative Jahre voraus.

Ich habe das Ranking schon genannt. Ich will die TIMMS-Studie erwähnen. Das war ein internationaler Leistungsvergleich unter Schülern. In Mathematik und Naturwissenschaften hat die Studie ergeben, daß die deutschen Schüler allenfalls noch einen Mittelplatz erreichen, weit abgeschlagen hinter Schülern beispielsweise aus Japan, Korea, Singapur, aber auch hinter Schülern aus Rußland oder Österreich. Und wohl ist es auch wahr, daß die internationale Attraktivität unserer Hochschulen für Studenten aus dem Ausland, die auf Spitzenleistungen und Spitzenausbildung angelegt sind, eher nachgelassen hat. Das ist noch vorsichtig formuliert.

Nun klagen natürlich vor allen Dingen diejenigen, die an den Bildungseinrichtungen arbeiten – und zwar zu Recht –, daß sie immer stärker mit Ansprüchen konfrontiert werden, die kaum mehr zu erfüllen sind. Die Integrationsleistung, die insbesondere in den Schulen, vor allen Dingen in den Grund- und Hauptschulen geleistet werden muß, wird immer aufwendiger. In manchen Schulklassen liegt der Anteil der Kinder, die auch nur über Grundkenntnisse in der deutschen Sprache verfügen, unter 50 Prozent.

An dieser Stelle muß ein Wort gesagt werden zu den Kindern ausländischer Eltern im deutschen Bildungswesen. Ich sage als erstes, wir müssen zur Kenntnis nehmen und würdigen, daß diese Kinder oft wesentlich stärker belastet sind als ihre deutschen Mitschüler: Viele von ihnen haben kulturelle Brüche zu verarbeiten, Spannungen in ihren Familien, die sich aus den unterschiedlichen Generationenerfahrungen ergeben. Sie leben in zwei Sprachwelten und müssen damit zurechtkommen, daß ihnen schwer fällt, was deutschen Kindern selbstverständlich ist.

Ich sage als zweites: diese Kinder sind keine Fremden. Es sind Kinder von Ausländern, die in Deutschland geboren sind und die aller Voraussicht nach ihr ganzes Leben in Deutschland verbringen werden. Weil das so ist, müssen wir alles daran setzen, diese Kinder und Jugendlichen so gut wie möglich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Je besser das im Kinder- und Jugendalter geleistet wird, um so besser gelingen Integration und Zusammenleben im Erwachsenenalter. Integration aber kann nur gelingen in der Einheit von Wissensvermittlung und wertorientierter Erziehung. Eine islamistisch-fundamentalistische Grundeinstellung macht jede Integrationsbemühung zunichte. Auch deshalb dürfen Bildung und Erziehung nicht auseinanderfallen.

Integration von Ausländern braucht Zeit, Geduld und Toleranz, die Bereitschaft der Ausländer, sich zu integrieren, und entsprechende Anstrengungen zu erbringen. An deren Ende muß dann eine konkrete Entscheidung stehen, sich einbürgern zu lassen. Mit der regelmäßigen Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft unter Hinnahme einer zweiten Staatsangehörigkeit ist nichts, aber auch gar nichts erreicht. Dann fehlt jeder Anreiz zu konkreten Integrationsbemühungen. Deswegen lehnen wir die regelmäßige doppelte Staatsbürgerschaft ab und fordern die Bürgerinnen und Bürger auf, diese unsere Haltung zu unterstützen.

Die CDU Deutschlands tritt für eine verbesserte Integration der dauerhaft bei uns lebenden Ausländer in unsere Gesellschaft ein. Erfolgreiche Integration setzt die sichere Beherrschung der deutschen Sprache voraus, setzt schulische und berufliche Qualifikation in einem Maße voraus, das Ausländern jedenfalls nicht von vornherein erheblich schlechtere Aussichten eröffnet, sich ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu verdienen. Das sind Aufgaben, denen sich vor allem unsere öffentlichen Bildungseinrichtungen stellen müssen. Dann müssen wir sie aber auch in die Lage versetzen, diesen Anforderungen gerecht werden zu können.

Die Situation der Grund- und Hauptschulen scheint mir vielerorts heute eine andere. Nach meinem Eindruck werden zumal Hauptschulen landauf, landab mit ihren Problemen eher alleingelassen. vielerorts geraten die Hauptschulen dadurch in den Sog einer Leistungsspirale nach unten. Und wir kriegen auf der anderen Seite durch den Funktions- und Bedeutungsverlust der Hauptschule Probleme in den Rest unseres Schulsystems hinein. Dabei wissen wir, daß wir in den Ländern, in denen die Hauptschule noch eine höhere Leistungsfähigkeit und einen höheren Stellenwert hat, im gesamten Schulsystem bessere Ergebnisse haben als dort, wo die Hauptschule mehr und mehr zur Restschule degeneriert ist.

Gleichzeitig wird von Bildung, Schule, Lehre, Hochschulausbildung immer mehr Vermittlung neuer Kompetenzen erwartet bis hin zur Internationalität, Medienfertigkeit und vielem anderen mehr. Außerdem wissen wir und hören es jeden Tag, daß Wissen immer schneller veraltet. Fachleute sagen, ein technisches Studium halte heute noch ungefähr drei Jahre. Wer sein Wissen nach dieser Zeit nicht komplett erneuert habe, dessen Kompetenz verfallt schnell. Die Konsequenz daraus kann nur sein, weniger Stoff, aber mehr Lerngehalt, also Konzentration auf Basiswissen, das die Voraussetzung für dauerhafte Lernfähigkeit schafft.

Ich vermute, daß wir in den nächsten Jahren eher eine Renaissance des Wissens erleben werden, was man altmodisch Allgemeinbildung nennt oder neumodisch eher Kernkompetenzen oder in der Wissenschaft Grundlagenforschung. Dazu werden dann Grundfertigkeiten wie die Beherrschung der Muttersprache, des mathematischen Basiswissens und neue Kulturtechniken gehören, vor allem auch Fremdsprachen.

Ich will es gleich an der Stelle sagen: Ich bin gar nicht zufrieden damit, daß wir bei allen Bemühungen um Reform von Abitur und Lerninhalten immer davon ausgehen, daß nur eine Fremdsprache als Minimum vorgeschrieben wird. Ich halte es auch unter dem Gesichtspunkt von Internationalisierung, europäischer Entwicklung für einen schweren Fehler, denn die eine Fremdsprache, das ist dann nahezu zwangsläufig Englisch. Nun ist Englisch unbestreitbar die Lingua franca in der globalisierten Welt. In vielen wissenschaftlichen Bereichen kommt man gar nicht aus ohne Englisch, und mit Englisch kommt man zweifellos durch die ganze Welt. Aber das, was Fremdsprachen ausmacht, nur auf die Beherrschung von Englisch zu reduzieren, das ist doch zu wenig. Und deswegen werbe ich dafür, daß zwei Fremdsprachen die Mindestvoraussetzungen fürs Abitur sein sollten.

Wir brauchen in einem stärkeren Maße auch neue Leitbilder für die Ausbildung. Immer noch sagen nur 15 % der Studierenden, daß sie berufliche Selbständigkeit als Ziel hätten. Die Zahlen sind angestiegen. Vor ein paar Jahren waren sie noch schlechter, es ist besser geworden, aber es ist angesichts der Veränderungen auf unserem Arbeitsmarkt eine ungenügende Zahl. Dagegen arbeiten rund 50 % aller derzeit im Berufsleben stehenden Hochschulabsolventen im öffentlichen Dienst. Es ist völlig klar, bei den vorstehend genannten Mengenentwicklungen ist es ausgeschlossen, daß auch in Zukunft noch 50 % der Studierenden oder eine vergleichbare Größenordnung im öffentlichen Dienst werden Beschäftigung finden können. Allein von daher scheint mir eine neue Erziehung zur Selbständigkeit unumgänglich notwendig, ob das nun im Rechtssinne wirtschaftliche Selbständigkeit ist oder in welcher Form von Beschäftigung auch immer.

Der Arbeitsmarkt, die Arbeitswelt von morgen wird drastischen Veränderungen unterworfen sein. Deswegen werden neue Arbeitsstrukturen, neue Formen von freier Mitarbeit, von Selbständigkeit das Arbeitsleben der Zukunft viel stärker prägen als in der Vergangenheit, was nicht nur mehr Freiheit, sondern auch mehr Risiko und mehr Mobilität bedeutet. Und darauf muß die Ausbildung in der Schule, in der Lehre, in der Hochschule vorbereiten.

Wenn man darüber nachdenkt, wie die Dinge sich bessern können angesichts vorhandener Probleme, dann wird vielleicht ein erster Punkt sein, daß man sagt, wir sollten wenigstens die Fehler der Vergangenheit hinter uns lassen. Oder schöner formuliert: altes Denken überwinden. Als altes Denken bezeichne ich beispielsweise die Ideologisierung der Bildungspolitik in den 70er Jahre: den Versuch der zentralen Steuerung von Bildungsabläufen, den Streit um die Gesamtschule und all die anderen Ansätze. Aber es gibt immer wieder Rückfälle. Und ich bin nicht ganz sicher, ob wir nicht angesichts des Regierungswechsels, der stattgefunden hat, in eine neue Ära einer wieder stärker zentralistischen, gleichmacherischen Bildungspolitik hineinkommen. Ich finde, wir sollten die Ideologie hinter uns lassen.

Während es in den 70er Jahren die Ideologisierung war, war es in den 80er Jahren der Versuch, die Probleme der Bildungspolitik bürokratisch-administrativ zu lösen. Das hat auch mit dem Mengenproblem zu tun und dann noch mit der Rechtssprechung des Verfassungsgerichts. Mit dem Numerus-clausus-Urteil haben wir immer ausgeklügeltere Verteilungssysteme für Studenten mit immer größeren Ungerechtigkeiten im Einzelfall bekommen. Gleichzeitig haben wir immer kürzere Regelstudienzeiten administrativ ver-

ordnet, die aber an der Wirklichkeit der Studienzeiten überhaupt nichts geändert haben. Also, irgendwann müßte man sich mal fragen, was nützen eigentlich die Regelstudienzeiten, wenn die tatsächlichen Studienzeiten davon völlig unbeeinflusst bleiben? Die bürokratischen Stellschrauben sind fest angezogen worden, die Spielräume für die Bildungseinrichtungen werden immer enger.

Und weil alles das nichts nützt, hat es dazu beigetragen – und das ist das Problem der 90er Jahre –, daß die Bildungspolitik in der öffentlichen Wahrnehmung, auch in der Wahrnehmung politisch prioritärer Aufgabenbereiche, ungeheuer an Stellenwert verloren hat. Die Leute sind ein Stück weit resigniert, haben es leid, immer neue, immer noch perfektionistischere Versuche zu erleben, mit immer fragwürdigeren Ergebnissen.

Ich finde zum Beispiel, es wäre gar nicht schlecht, wenn wir die Kultusministerkonferenz dazu bringen würden, daß sie vielleicht alle zwei Jahre einen Leistungsbericht herausgibt, der den nationalen und internationalen Leistungsvergleich erlaubt, und der auch Rechenschaft gibt über Lerninhalte und Bildungsziele. Das wäre möglicherweise eine bessere Grundlage für bildungspolitische Debatten in der Öffentlichkeit, in den Landesparlamenten und auch in der Kernzeit der Deutschen Bundestages, denn auch der muß sich damit beschäftigen.

Ich finde es in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß gerade ein zentralistischer Staat wie Frankreich eine größere Flexibilität in den Bildungsinhalten besitzt als wir. In der Bretagne lernen sie eher Englisch, im Elsaß lernen sie eher Deutsch und an der spanischen Grenze eher Spanisch in der Schule. Das scheint mir ein Beweis, daß das schlechte Gewissen in der Politik ein starkes Motiv ist. Die Franzosen, weil sie zentralistisch sind, sehen sich genötigt, mehr Freiräume zu geben. Weil wir Deutschen föderal sind, mit Bildungszuständigkeit der Länder, denken wir, wir müssen es schön einheitlich machen. Aber alle Vereinheitlichung ändert nichts daran: Wenn man von Schleswig-Holstein nach Bayern umzieht, dann müssen die Kinder in der Schule im Zweifel ein Jahr wiederholen, weil das Leistungsniveau so unterschiedlich ist. Die Kultusministerkonferenz mit ihrem Prinzip der Einstimmigkeit, also der Einigung auf das kleinste gemeinsame Vielfache, ist natürlich in sich innovationsfeindlich. Ich mache seit Jahren den Vorschlag, einen Preis für die innovationsfeindlichste Institution in unserem Lande auszusetzen und habe dann immer als ersten Preisträger die Kultusministerkonferenz

renz vorgeschlagen. Leider hat noch niemand diesen Preis gestiftet, aber ich gebe die Suche nicht auf.

Dazu kommt dann das Problem der Nivellierung. Warum ist es eigentlich so aufregend, ob man das Abitur in dem eine Land nach 12 und im anderen Land nach 13 Jahren macht. Ich verstehe die Aufregung nicht. Die arme Frau Schavan und der Ministerpräsident Teufel – ich spreche jetzt von Baden-Württemberg – werden fast zu Verfassungsfeinden erklärt. Im Zuge der deutschen Einheit – in Ostdeutschland hatte man 12 Jahre bis zum Abitur – wollten einige ostdeutsche Länder weiterhin in 12 Jahren bis zum Abitur führen. Die Kultusministerkonferenz hat es ihnen nicht gestattet. Warum eigentlich? Es muß doch nicht alles einheitlich sein!

Ich glaube, wir müssen begreifen, daß – wie überall – auch in der Bildungspolitik stärkere Differenzierung uns im Zweifel innovationsfähiger und damit auch leistungsfähiger macht. Wir werden eine stärkere Differenzierung zwischen verschiedenen Begabungen, zwischen verschiedenen Bildungswegen und zwischen verschiedenen Bildungspolitikern in den Ländern haben. Wenn die prioritäre und überwiegende Zuständigkeit der Länder für die Bildungspolitik richtig ist – und ich halte sie für richtig –, dann muß es Wettbewerb zwischen den Ländern geben, und Wettbewerb heißt unterschiedliche Lösungsansätze, und dann sieht man, was dabei herauskommt. Der Vorzug von Wettbewerb ist, daß er die bessere Lösung identifiziert.

Unsere föderalen Systeme in der Bildungspolitik und in der KMK, bis hin zum Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, sind genau entgegengerichtet. Das bessere Ergebnis soll gerade nicht identifiziert werden können, sondern es soll durch Ausgleichssysteme so nivelliert werden, daß man es nicht als das bessere erkennen kann. Unsere baden-württembergische Kultusministerin Frau Schavan pflegt immer zu sagen, wie soll ich eigentlich den Baden-Württembergern erklären, die so viel Geld in den Länderfinanzausgleich bezahlen müssen, daß die Lehrer im Saarland eine Besoldungsstufe höher besoldet werden als in Baden-Württemberg, obwohl das Saarland Empfängerland im Länderfinanzausgleich ist und das Land Baden-Württemberg Geberland. Wie soll man es erklären?

Mehr Differenzierung, mehr Wettbewerb, das scheint mir zumal im Hochschulbereich dringlich. Wir haben versucht, dem Rechnung zu tragen mit dem Hochschulrahmengesetz in der letzten Legislaturperiode. Wir sind nicht so weit gekommen wie wir wollten, es gab bekanntlich unterschiedliche

Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat, aber das Hochschulrahmengesetz schafft doch ein Stück weit Freiräume bei der inneren Organisation der Hochschulen, bei der Auswahl von Studenten, bei der Schaffung neuer Studiengänge. Und die Länder sollten jetzt auch den Spielraum, der geschaffen worden ist, weitergeben, ungeschmälert. Sie sollten ihn eher erweitern als einschränken. Denn es muß im Ergebnis weniger Gleichheit zwischen Hochschulen geben und mehr unterschiedliche Profilierung. Es muß weniger Orientierung an Kultusverwaltungen geben und mehr Orientierung an denen, die national, auch international die Besten sind. Denn auch das gehört zum Prinzip des Wettbewerbs. Deswegen sollte auch die Finanzierung der Hochschulen in einem stärkeren Maße leistungs-, also ergebnisorientiert erfolgen. Die neue Bundesregierung hat mehr Geld für die Hochschulen angekündigt. Das ist nicht zu kritisieren, und wenn sie es erfüllt, müßte sie sogar dafür gelobt werden. Aber es ist einstweilen nur eine Ankündigung, und was hat die Regierung Schröder nicht alles an Ankündigungen schon zurückgenommen. Das ist auch schon beachtlich.

Aber auch mehr Bundesmittel für die Hochschulen sagt noch gar nichts aus. Entscheidend ist die Wirkung. Wenn es zum Beispiel dazu führen sollte, daß die Länder – Sachsen-Anhalt als aktuelles Beispiel – ihre Mittel für die Hochschulen entsprechend zurückfahren, wenn die Bundesmittel erhöht werden, dann ist überhaupt nichts gewonnen. Deswegen kommt es auf die Wirkung an und nicht auf die Zahlen im Bundeshaushalt. Oder wenn zusätzliche Mittel, wie z. B. die bisherigen milliardenschweren Hochschulsonderprogramme, in alten Strukturen versickern, dann erzielt eine Steigerung der Mittel auch keine Wirkung.

Das heißt, finanzielle Solidarität mit den Hochschulen muß heute vor allen Dingen bedeuten, daß Hochschulen, Professoren und Studenten neue Wege gehen können und dafür auch belohnt werden, und daß ein Ergebnis sichtbar wird. Alles andere ist letzten Endes untauglich.

Und deswegen finde ich, sollte man belastbare Rankings von Studiengängen an Hochschulen entwickeln, sollte man leistungsabhängige Komponenten bei der Professorenbesoldung wieder einführen. Vor Urzeiten, als ich studiert habe, hat man sie noch gehabt. Man muß daran erinnern, es muß gar nicht alles neu erfunden werden. Und man sollte die Studenten auch an einer offenen Bewertung der Lehrleistung von Professoren beteiligen.

Wer das tut, hat mehr für die Hochschulreform getan, als jeder neue Systementwurf leisten kann. In Amerika ist das ganz selbstverständlich. Und keiner ist bisher auf die Idee gekommen, daß die amerikanischen Hochschulen alle schlechter seien als die in Deutschland. Also muß Hochschulreform heute wesentlich eine Reform von unten sein, dezentral. Zentral muß dabei sein, daß die Maßstäbe und die Leitbilder stimmen. Das kann dann auch nicht alleine der Professor sein, der die meisten Firmen gründet oder die meisten Patente erhält oder die meisten Gutachten schreibt. Gegen beides ist im Prinzip nichts einzuwenden, aber noch wichtiger ist der Professor, der die meisten Firmengründer und die meisten Patentinhaber als Ergebnis seiner Lehrleistung hervorbringt. Das ist wichtiger als eigene Firmen und Beratungen oder Patente.

Die Bundesregierung hat auch eine grundlegende BAföG-Reform bis zum Ende des kommenden Jahres angekündigt. Darauf sind wir gespannt. Ich sage aber schon heute, wenn das Ergebnis nur sein sollte, daß alle staatlichen Leistungen, also Kindergeld, Freibeträge, BAföG, zusammengefaßt werden und direkt an die Studenten in Form eines Studentengehalts ausbezahlt werden sollen, daß dann aber im Ergebnis die, die wirklich staatliche Unterstützung brauchen, eher weniger bekommen als bisher, dann werden wir das nicht unterstützen, weil wir immer noch meinen, daß bei knappen Mitteln staatliche Hilfe nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern nach dem Prinzip subsidiärer Hilfe, also dort, wo sie wirklich notwendig ist, ausgegeben werden sollte.

Im übrigen sollte man nicht die Illusion schüren, als sei das Privileg, auf Kosten der Allgemeinheit studieren zu können, eine Tätigkeit, für die der Staat dem Studierenden so dankbar sein muß, daß er ihm dafür ein Gehalt bezahlt, am besten schon mit Pensionsberechtigung.

Was auf der anderen Seite die Diskussion um die Studiengebühren angeht, so merke ich lediglich an: Wer Studiengebühren wirklich will, der muß mehr tun, als nur Studiengebühren einführen, der muß die Gesamtheit der Mechanismen überprüfen – Auswahl der Hochschule durch den Studenten und des Studenten durch die Hochschule –, der muß sich Gedanken machen über ein sehr viel ausgeprägteres Stipendiensystem und vieles mehr. Dann machen Studiengebühren durchaus einen Sinn, über den sich hinsichtlich Vielfalt, Innovation und Wettbewerb zu streiten lohnt. Wenn es nur eine reine Geldbeschaffungsmaßnahme sein soll, dann greift dies zu kurz.

Eine letzte Bemerkung: Wir haben zweifellos eine Fülle großer Aufgaben in der Bildungspolitik zu lösen. Vielleicht nicht die unwichtigste besteht darin, das Verständnis in der Öffentlichkeit und in der Politik für die prioritäre Bedeutung bildungspolitischer Aufgaben überhaupt erst wieder zurückzugewinnen. Wir können als Union daran erinnern, daß wir die große Bildungspartei in der Geschichte der Bundesrepublik waren und dies noch immer sind. Nahezu alle wichtigen Innovationen unseres Hochschulsystems in den vergangenen Jahrzehnten – Fachhochschulen, Berufsakademien – sind Reformansätze der Union. Das neue Hochschulrahmengesetz, von dem ich gesprochen habe, ist unter unserer Verantwortung entstanden. Unionsregierte Länder haben anerkanntermaßen die besten Bildungsleistungen in Deutschland vorzuweisen.

Ob Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen, immer wo die Union die maßgebliche Regierungsverantwortung ausübt, da sind die Bildungsleistungen eindeutig besser. Deswegen ist ja Herr Schröder gegen jeden Wettbewerb zwischen den Bundesländern, weil sozialdemokratisch regierte Bundesländer ihn nicht bestehen können. Wir haben auch die beste Bildungspolitikerin unter allen stellvertretenden Vorsitzenden großer Parteien in Deutschland, Annette Schavan, in der Führung der Union. Und wir werden die nächste Kultusministerin im Lande Hessen stellen, Karin Wolff!

Die Union hat sich durchgesetzt gegen den Geist der 70er Jahre in der Bildungspolitik. Ich habe angefangen mit der Überlegung, wovon lebt die freiheitliche Gesellschaft: von Werten. Ich bin lange genug im Bundestag, um noch von der politischen Linken als Reaktionär beschimpft worden zu sein, wenn wir betont haben, daß Bildung auch etwas mit Erziehung zu tun hat. Heute gehört das zum Allgemeingut jedes sozialdemokratischen Bildungspolitikers, was erstens ein Fortschritt ist, und zweitens zeigt, daß wir auf längere Sicht gar nicht so erfolglos sind. Eine geistig-moralische Wende hat im Bildungsbereich ein Stück weit stattgefunden. Wenn wir uns also als Union darauf besinnen, daß wir die große Bildungspartei immer gewesen sind, und daß wir es auch in Zukunft sein wollen, dann können wir unseren Beitrag dazu leisten, daß die Bildungspolitik nicht nur den Stellenwert wieder zurückbekommt, den sie braucht, sondern daß wir vor allem die bildungspolitischen Herausforderungen, die wir im Interesse der Zukunft unseres Landes lösen müssen, besser lösen können.

Dafür steht Roland Koch, dafür steht Karin Wolff. Hessen hat den Wechsel verdient, gerade in der Bildungspolitik. Bei der Landtagswahl am 8. Februar werden die Weichen gestellt für den Neuaufbruch. Der Wechsel muß gelingen, und er wird gelingen, im Interesse Hessens und seiner Bürger. Es muß wieder gelten: Hessen vorn, und das gelingt nur mit der CDU, und deshalb wünschen wir unseren Freunden in der hessischen Union viel Erfolg – Glückauf Hessen!